

Der Kampf ums Feld

Vor drei Jahren hat die Initiative Heimatboden beim Landtag eine Petition eingereicht, mit der gegen die Anwendung einer „städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme“ für die neuen Stadtteile in Daglfing und Feldmoching protestiert wird. Gestern haben sich mehrere Landtagsabgeordnete im Nordosten selbst ein Bild gemacht.

VON CARMEN ICK-DIETL

Auf den ersten Blick wirkt es wie eine gemütliche Ausflugsfahrt. Ein Traktor, dahinter ein Anhänger mit gepolsterten Sitzbänken, tuckert über Sträßchen und Wege zwischen den Feldern in Daglfing und Riem. Doch die Rundfahrt hat einen ernsten Hintergrund. Die Landtagsabgeordneten Sebastian Körber (FDP), Natascha Kohnen (SPD), Josef Schmid und Robert Brannekämper (beide CSU) informieren sich bei Landwirt Johann Oberfranz über Pläne und Auswirkungen der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme (SEM) für das Gebiet. „Es ist anders, wenn man's vor Ort sieht, als wenn man's nur auf den Plänen anguckt“, sagt Schmid. Man erhofft sich die Klärung einiger Fragen. Die Allerwichtigste: Ist das nun Agrar- oder Bauerwartungsland? Am Ende bestimmt dies die Kaufpreise für den Grund.

Die Petition, die die Abgeordneten hergeführt hat, stammt von der Initiative „Heimatboden“. Die Gruppe, vorrangig Landwirte, hat sich nach der Ankündigung der Stadt formiert, auf den Ackerflächen am nördlichen und nordöstlichen Stadtrand neue Stadtviertel bauen zu wollen. Für das Gebiet Daglfing/Riem sind Wohnraum für 30 000 Menschen sowie 10 000 Arbeitsplätze angedacht. „Wenn



Ein Neubaugebiet im Kornfeld: (v. li.) Johann Oberfranz von Heimatboden zeigt den Mitgliedern des Petitionsausschusses Seppi Schmid (CSU), Natascha Kohnen (SPD) und Sebastian Körber (FDP) die Fläche im Münchner Nordosten.



Zahlreiche Menschen waren gekommen und hatten sich eine klare Positionierung der Landespolitik erhofft.



Mit dem Anhänger fuhr die Gruppe durch die Felder zwischen Trudering und Riem.

FOTOS: MARCUS SCHLAF (3)

das alles hier so kommt, dann wird es hier mit Sicherheit keinen einzigen landwirtschaftlichen Betrieb mehr geben“, sagt Oberfranz, einer der Spre-

cher der Initiative. Es gehe um ihre Zukunft, um ihre Existenz. Deswegen sagt der Landwirt: „Wir wollen über unsere Grundstücke frei entschei-

den.“ Das Instrument einer „SEM“, die hier erstmals auf Privatflächen in München angewendet werden soll, sei dafür völlig ungeeignet. „Wir

sind keine Spekulanten, wir haben schon frühere große Begehlichkeiten auf unseren Grund abgewehrt und weiter Landwirtschaft betrieben.“

So habe die Stadt nachweislich bereits 2003 und 2006 über Wohnungsbau auf den Flächen geredet. Eine weitere wichtige Info für die Abgeordneten: Von den 360 Hektar Ausgleichsfläche sollen 200 Hektar von vorneherein für Kiesabbau freigegeben werden. „Es wäre das einzige Landschaftsschutzgebiet, in dem automatisch Kiesabbau zugelassen wäre“, wundert sich Oberfranz.

Es gibt weitere Eigentümlichkeiten. An einer Ecke wurden mehrere Felder offenbar über einen ausländischen Strohmann aufgekauft. Das zusammenhängende Areal, das nun einer Baufirma in Grünwald gehört, wird von der Stadt jetzt als Freizeitfläche behandelt. „Dabei wird hier die gleiche Gerste wie daneben angebaut.“ Reine Trickserei und eine ungerechte Bewertung der Bodenpreise, moniert Oberfranz. Und die Rennbahnen dürfen ihre Areale eigenständig überplanen. „Nix SEM“, wundert sich der Daglfinger.

„Heimatboden“ fordert „Gespräche auf Augenhöhe“ und ohne das Damoklesschwert der Enteignung, die in der SEM als Ultima Ratio enthalten ist. Diese Drohung „Wenn ihr nicht willig seid, dann gibt es halt die SEM“ löse „Allergie und Widerstand“ bei den Eigentümern aus.

Man müsse unterscheiden, was den Landtag betrifft und was die Kommune, so Natascha Kohnen. Sie fühlte sich gestern ziemlich überfahren. Denn der Termin mit dem Ausschuss hatte sich offenbar rumgesprochen. Jedenfalls tauchten gestern jede Menge Bürger und betroffene Eigentümer auf, die sich klare Worte von den Landtagsabgeordneten in Richtung Landeshauptstadt erhofften. Eine Entscheidung zur Petition wird der zuständige Ausschuss aber wohl erst nach den Sommerferien fällen.